



**RAT DER
EUROPÄISCHEN UNION**



16501/12

(OR. en)

PRESSE 480

PR CO 64

MITTEILUNG AN DIE PRESSE

3201. Tagung des Rates

Bildung, Jugend, Kultur und Sport

Brüssel, den 26./27. November 2012

Präsident **Giorgos Demosthenous**
Minister für Bildung und Kultur
(Zypern)

P R E S S E

Wichtigste Ergebnisse der Ratstagung

Bildung

*Der Rat hat vom Stand der Beratungen über den Vorschlag für eine **Verordnung zur Einrichtung des Programms "ERASMUS FÜR ALLE" für den Zeitraum 2014-2020** Kenntnis genommen.*

*Der Rat hat eine politische Einigung über den Vorschlag für eine **Empfehlung zur Validierung nichtformalen und informellen Lernens** erzielt.*

*Der Rat hat ferner **Schlussfolgerungen zur Lese- und Schreibkompetenz** und zum **Beitrag der allgemeinen und beruflichen Bildung zu wirtschaftlichem Aufschwung und Wachstum** angenommen.*

Kultur und audiovisuelle Medien

*Der Rat hat eine partielle allgemeine Ausrichtung zu dem Vorschlag für eine **Verordnung zur Einrichtung des Programms "Kreatives Europa"** festgelegt.*

*Der Rat hat **Schlussfolgerungen zur kulturpolitischen Steuerung (Cultural Governance)** und zu einer Europäischen Strategie für ein **besseres Internet für Kinder** angenommen.*

*Der Rat hat einen Sachstandsbericht des Vorsitzes zu dem Vorschlag für einen Beschluss zur **Einrichtung einer Aktion der Europäischen Union für die "Kulturhauptstädte Europas" im Zeitraum 2020 bis 2033** zur Kenntnis genommen.*

Jugend

Der Rat hat eine **Entscheidung** zum Überblick über den **strukturierten Dialog mit jungen Menschen über die Teilhabe der Jugend am demokratischen Leben in Europa** angenommen.

Der Rat hat ferner den **gemeinsamen Bericht 2012 des Rates und der Kommission über die Umsetzung des erneuerten Rahmens für die jugendpolitische Zusammenarbeit in Europa (2010-2018)** angenommen.

Des Weiteren hat der Rat **Schlussfolgerungen über die Teilhabe und soziale Inklusion von jungen Menschen, insbesondere jenen mit Migrationshintergrund**, angenommen.

Sport

Der Rat hat **Schlussfolgerungen** zu folgenden Themen angenommen:

- **Stärkung der Faktengrundlage für die Politikgestaltung im Bereich des Sports;**
- **Unterstützung gesundheitsfördernder körperlicher Aktivität.**

Ferner hat der Rat die drei **EU-Vertreter im Stiftungsrat der Welt-Anti-Doping-Agentur (WADA) (2013-2015)** ernannt.

INHALT¹

TEILNEHMER	6
 ERÖRTERTE PUNKTE	
BILDUNG	9
"ERASMUS FÜR ALLE"	9
Lese- und Schreibkompetenz.....	10
Beitrag der allgemeinen und beruflichen Bildung zu wirtschaftlichem Aufschwung.....	10
Validierung nichtformalen und informellen Lernens.....	12
Verbesserung der Qualität und des Status der Lehrer.....	13
Sonstiges	14
KULTUR UND AUDIOVISUELLE MEDIEN	16
Programm "Kreatives Europa".....	16
Kulturhauptstädte Europas.....	17
Kulturpolitische Steuerung (Cultural Governance)	18
Besseres Internet für Kinder	18
Sonstiges	20
JUGEND	21
Beteiligung der Jugend am demokratischen Leben in Europa.....	21
EU-Jugendbericht 2012.....	22
Soziale Eingliederung junger Menschen.....	22
Sonstiges	24

¹

- Sofern Erklärungen, Schlussfolgerungen oder Entschlüsse vom Rat förmlich angenommen wurden, ist dies in der Überschrift des jeweiligen Punktes angegeben und der Text in Anführungszeichen gesetzt.
- Dokumente, bei denen die Dokumentennummer im Text angegeben ist, können auf der Website des Rates <http://www.consilium.europa.eu> eingesehen werden.
- Rechtsakte, zu denen der Öffentlichkeit zugängliche Erklärungen für das Ratsprotokoll vorliegen, sind durch * gekennzeichnet; diese Erklärungen können auf der genannten Website des Rates abgerufen werden oder sind beim Pressedienst erhältlich.

SPORT	25
Faktengrundlage für die Politikgestaltung im Bereich des Sports.....	25
Manipulation von Sportergebnissen.....	25
Gesundheitsfördernde körperliche Aktivität.....	26
Jährliche Europäische Woche des Sports.....	27
Anti-Doping	28
Sonstiges	29

SONSTIGE ANGENOMMENE PUNKTE

KULTUR

- Die Archive in Europa und die Herausforderungen des digitalen Zeitalters 30

GEISTIGES EIGENTUM

- Zugang zu Büchern für Menschen mit Lesebehinderung – Weltorganisation für geistiges Eigentum..... 30

AUSWÄRTIGE ANGELEGENHEITEN

- Vermögensabschöpfung - Ägypten und Tunesien..... 30

EUROPÄISCHER WIRTSCHAFTSRAUM

- Tagung des EWR-Rates (Brüssel, 26. November) 31

ENERGIE

- Ständiger Partnerschaftsrat EU-Russland..... 31
- Beschluss des Ministerrats der Energiegemeinschaft/Moldau 31

ERNENNUNGEN

- Ausschuss der Regionen..... 31

TEILNEHMER**Belgien:**

Pascal SMET

Olivier BELLE

Flämischer Minister für Unterricht, Jugend,
Chancengleichheit und Brüsseler Angelegenheiten
Stellvertreter des Ständigen Vertreters**Bulgarien:**

Vezhdi RASHIDOV

Petya EVTIMOVA

Lazar KAMENOV

Minister für Kultur

Stellvertreterin des Ministers für Bildung, Jugend und
Wissenschaft

Stellvertreter des Ministers für Leibeserziehung und Sport

Tschechische Republik:

Petr FIALA

Alena HANÁKOVÁ

Minister für Bildung, Jugend und Sport

Ministerin für Kultur

Dänemark:

Jonas BERING LIISBERG

Stellvertreter des Ständigen Vertreters

Deutschland:

Georg SCHÜTTE

Martina MÜNCH

Guido PERUZZO

Staatssekretär

Ministerin für Bildung, Jugend und Sport
(Landesregierung Brandenburg)

Stellvertreter des Ständigen Vertreters

Estland:

Jaak AAVISKOO

Rein LANG

Minister für Bildung und Wissenschaft

Minister für Kultur

Irland:

Ruairí QUINN

Frances FITZGERALD

Michael RING

Jimmy DEENIHAN

Minister für Bildung und berufliche Qualifizierung

Ministerin für Kinder- und Jugendfragen

Staatsminister mit Zuständigkeit für Tourismus und Sport
(Ministerium für Verkehr, Tourismus und Sport)

Minister für Kunst, Natur- und Kulturerbe und

Angelegenheiten der gälischsprachigen Bevölkerung

Griechenland:

Konstantinos ARVANITOPOULOS

Andreas PAPASTAVROU

Athanasios KYRIAZIS

Minister für Bildung, Glaubensgemeinschaften, Kultur
und Sport

Stellvertreter des Ständigen Vertreters

Generalsekretär, Ministerium für Bildung

Spanien:

José Ignacio WERT ORTEGA

Miguel CARDENAL CARRO

José Pascual MARCO MARTINEZ

Miguel Angel SERNA OLIVEIRA

Minister für Bildung, Kultur und Sport

Präsident des Obersten Sportrates (im Rang eines
Staatssekretärs)

Stellvertreter des Ständigen Vertreters

Minister für Bildung, Kultur und Sport der Autonomen
Gemeinschaft Kantabrien**Frankreich:**

Aurélié FILIPPETTI

George PAU-LANGEVIN

Valérie FOURNEYRON

Ministerin für Kultur und Kommunikation

Staatsminister für Bildungserfolg beim Minister für
BildungMinisterin für Sport, Jugend, Volksbildung und
Vereinswesen**Italien:**

Francesco PROFUMO

Marco PERONACI

Minister für Bildung, Hochschulen und Forschung

Stellvertreter des Ständigen Vertreters

Zypern:

Giorgos DEMOSTHENOUS

Olympia STYLIANOU

Minister für Bildung und Kultur

Staatssekretärin, Ministerium für Bildung und Kultur

Lettland:

Lauma SĪKA

Juris ŠTĀLMEISTARS

Staatssekretärin

Stellvertreter des Ständigen Vertreters

Litauen:

Gintaras STEPONAČIUS
Audra MIKALAUŠKAITE

Gintaras VYŠNIAUSKAS

Luxemburg:

Octavie MODERT

Romain SCHNEIDER

Michèle EISENBARTH

Ungarn:

Zoltán BALOG

Istvan SIMICSKÓ

Olivér VÁRHELYI

Malta:

Mario de MARCO
Clyde PULI

Niederlande:

Jet BUSSEMAKER
Dirk OLDENBURG

Österreich:

Norbert DARABOS
Claudia SCHMIED
Harald GÜNTHER

Polen:

Krystyna SZUMILAS
Bogdan ZDROJEWSKI
Joanna MUCHA

Portugal:

Nuno CRATO
Jorge Barreto XAVIER
Alexandre Miguel MESTRE

Rumänien:

Emilia-Carmen TOCALĂ

Irina CAJAL MARIN

Slowenien:

Uroš VAJGL

Slowakei:

Mare MAD'ARIČ
Štefan CHUBODA

Alexander MICOVČIN

Finnland:

Jukka GUSTAFSSON
Paaavo ARHINMÄKI

Schweden:

Jan BJÖRKLUND
Lena ADELSON LILJEROTH
Nyamko SABUNI

Vereinigtes Königreich:

Matthew HANCOCK

Angela CONSTANCE
Shan MORGAN

Minister für Bildung und Wissenschaft
Stellvertretende Ministerin für soziale Sicherheit und
Arbeit
Stellvertretender Minister des Innern

Ministerin für Kultur, Ministerin für die Beziehungen zum
Parlament, Ministerin für Verwaltungsvereinfachung beim
Premierminister, beigeordnete Ministerin für den
öffentlichen Dienst und die Verwaltungsreform
Minister für Landwirtschaft, Weinbau und ländliche
Entwicklung, Minister für Sport, beigeordneter Minister
für Solidarwirtschaft
Stellvertreterin des Ständigen Vertreters

Staatssekretär, Ministerium für öffentliche Verwaltung
und Justiz
Parlamentarischer Staatssekretär, Ministerium der
Verteidigung
Stellvertreter des Ständigen Vertreters

Minister für Tourismus, Umwelt und Kultur
Parlamentarischer Staatssekretär für Jugend und Sport

Ministerin für Bildung, Kultur und Wissenschaft
Stellvertreter des Ständigen Vertreters

Bundesminister für Landesverteidigung und Sport
Bundesministerin für Unterricht, Kunst und Kultur
Stellvertreter des Ständigen Vertreters

Ministerin für Bildung
Minister für Kultur und Nationalerbe
Ministerin für Sport und Tourismus

Minister für Bildung und Wissenschaft
Staatssekretär für Kultur
Staatssekretär für Jugend und Sport

Staatssekretärin und Präsidentin der Nationalen Behörde
für Jugend und Sport
Staatssekretärin für Kultur

Stellvertreter des Ständigen Vertreters

Minister für Kultur
Staatssekretär, Ministerium für Bildung, Wissenschaft,
Forschung und Sport
Stellvertreter des Ständigen Vertreters

Minister für Bildung und Wissenschaft
Minister für Kultur und Sport

Stellvertretender Ministerpräsident, Minister für Bildung
Ministerin für Kultur und Sport
Ministerin für Chancengleichheit

Parlamentarischer Staatssekretär (Berufliche
Qualifizierung)
Ministerin für Jugendbeschäftigung
Stellvertreterin des Ständigen Vertreters

Kommission:

Joaquin ALMUNIA
Neelie KROES
Androulla VASSILIOU

Vizepräsident
Vizepräsidentin
Mitglied

Die Regierung des Beitrittsstaates war wie folgt vertreten:

Kroatien:

Željko JOVANOVIĆ
Andrea ZLATAR VIOLIĆ
Irena ANDRASSY

Minister für Wissenschaft, Bildung und Sport
Ministerin für Kultur
Stellvertreterin des Ständigen Vertreters

ERÖRTERTE PUNKTE

BILDUNG

"ERASMUS FÜR ALLE"

Im Rahmen einer öffentlichen Beratung hat der Rat Ausführungen des Vorsitzes zum Sachstand hinsichtlich des neuen Programms "ERASMUS FÜR ALLE" für den Zeitraum 2014-2020 zur Kenntnis genommen ([17188/11](#)).

Auf ihrer letzten Tagung im Mai 2012 hatten die für Bildung zuständigen Minister der EU eine partielle allgemeine Ausrichtung zu dem betreffenden Vorschlag festgelegt, d.h. sie hatten eine vorläufige Einigung über den ganzen Text mit Ausnahme der Bestimmungen erzielt, die Auswirkungen auf den Haushaltsplan haben ([9873/12](#)). Die noch offenen Bestimmungen betreffen die Gesamtmittel für das Programm, die Aufteilung auf die verschiedenen Sektoren und die vorgeschlagene neue Garantiefazilität für Studiendarlehen auf Master-Ebene, mit der die Mobilität der Studierenden, die ihren Masterabschluss in einem anderen Mitgliedstaat machen, gefördert werden soll.

In Bezug auf diesen letzten Punkt teilte der Vorsitz mit, dass er den Vorschlag für eine Garantiefazilität und dessen Auswirkungen – zusätzlich zur Beobachtung der Entwicklungen im Europäischen Parlament – einer detaillierten technischen Prüfung unterzogen habe, zum einen als Vorbereitung für die künftigen Verhandlungen mit dem Parlament und zum anderen, um für eine generelle Einigung über den nächsten mehrjährigen Finanzrahmen gerüstet zu sein.

Weitere Arbeiten an dem Vorschlag sollen im Anschluss an die Tagung des Rates (Bildung, Jugend, Kultur und Sport) unter Berücksichtigung der Abänderungen durchgeführt werden, über die der Ausschuss für Kultur und Bildung (CULT) des Europäischen Parlaments heute abgestimmt hat. Der Vorsitz wies darauf hin, dass der Standpunkt des Parlaments und derjenige des Rates – trotz unterschiedlicher Auffassungen in einigen Punkten – in vielen Bereichen relativ eng beieinander liegen; er hoffe, dass für den künftigen irischen Vorsitz eine gute Grundlage geschaffen werde, um im ersten Halbjahr 2013 eine Einigung mit dem Europäischen Parlament zu erzielen.

Das Kommissionsmitglied Frau Vassiliou erinnerte daran, dass die Hauptmerkmale des neuen Programms "Erasmus für alle" der Zusatznutzen für die EU, Flexibilität und straffere Verfahren sind. Sie hob auch hervor, dass der allgemein bekannte "Markenname" ERASMUS beibehalten werden müsse, und sprach sich daher gegen den Vorschlag des Parlaments aus, einen neuen Namen zu wählen.

Frau Vassiliou teilte mit, dass sie in Bezug auf die Garantiefazilität für Studiendarlehen auf Master-Ebene demnächst ein erläuterndes Schreiben an die Minister senden wird. Schließlich forderte sie die Mitgliedstaaten auf, dafür zu sorgen, dass das neue Programm angesichts seiner Bedeutung für junge Menschen in Europa und seines Potenzials für Wachstum und Beschäftigung mit den erforderlichen Mitteln ausgestattet wird.

Lese- und Schreibkompetenz

Der Rat hat Schlussfolgerungen zur Lese- und Schreibkompetenz, eine der Prioritäten des zyprischen Vorsitzes im Bereich Bildung und Ausbildung, angenommen ([15888/12](#)). Ein geringer Alphabetisierungsgrad bremst das Wirtschaftswachstum und verringert dessen Nachhaltigkeit. Es ist alarmierend, dass bei der jüngsten Pisa-Studie der OECD¹ zu den Leistungen der 15-Jährigen in den Bereichen Lesen, Mathematik und Naturwissenschaften bei einem von fünf Schülern schlechte Leseleistungen festgestellt wurden. Auch in Bezug auf Erwachsene sind dringend Maßnahmen erforderlich: Schätzungen zufolge verfügen fast 80 Mio. Erwachsene in Europa – ein Drittel der Erwerbsbevölkerung – nur über niedrige oder elementarste Kompetenzen einschließlich geringer Lese- und Schreibfähigkeiten.

In den Schlussfolgerungen werden die Mitgliedstaaten und die Kommission ersucht, alle einschlägigen Maßnahmen des laufenden Programms für lebenslanges Lernen und der künftigen EU-Programme für allgemeine und berufliche Bildung sowie die Mittel des Europäischen Sozialfonds zu nutzen, um innovative Konzepte für die Verbesserung der Lese- und Schreibleistung EU-weit zu unterstützen und zu verbreiten² und so ihr selbst gesetztes Ziel³ zu erreichen, nämlich den Anteil der Schüler mit schlechten Leistungen in den Bereichen Lesekompetenz, Mathematik und Naturwissenschaften bis 2020 auf 15 % zu senken.

Die Kommission teilte mit, dass sie beabsichtigt, ein Netz im Bereich Lese- und Schreibkompetenz einzurichten, damit bewährte Verfahren in den Mitgliedstaaten ausgetauscht werden können, und dass sie zudem eine europäische Leseweche ("Europe Loves Reading") ins Leben rufen wird. Das Kommissionsmitglied Frau Vassiliou unterstrich, dass zur Lese- und Schreibkompetenz auch die Verbesserung der Grundkompetenzen gehört, und erklärte, die Kommission werde im nächsten Jahr einen Bericht über diese Initiative vorlegen.

Die zyprische Delegation gab eine Erklärung für das Ratsprotokoll zum türkischen Veto gegen die Beteiligung Zyperns an Aktivitäten der OECD ab. Nach Auffassung Zyperns muss abermals auf die Notwendigkeit hingewiesen werden, die Gleichbehandlung aller Mitgliedstaaten bei den Aktivitäten der OECD im Bildungsbereich, die in Zusammenarbeit mit der Europäischen Kommission und mit EU-Finanzmitteln durchgeführt werden, sicherzustellen.

Beitrag der allgemeinen und beruflichen Bildung zu wirtschaftlichem Aufschwung

Der Rat hat Schlussfolgerungen zum Beitrag der allgemeinen und beruflichen Bildung zu wirtschaftlichem Aufschwung, Wachstum und Beschäftigung angenommen ([16137/12](#)); damit soll nicht nur auf die Schlüsselrolle der allgemeinen und beruflichen Bildung für die Strategie Europa 2020 hingewiesen, sondern diese auch gestärkt werden. Der Europäische Rat hat beharrlich darauf hingewiesen, dass die Mitgliedstaaten zwar weiterhin auf eine Konsolidierung der öffentlichen Finanzen hinarbeiten müssen, dass sie aber auch für effiziente Investitionen in wachstumsfördernde Bereiche wie die allgemeine und berufliche Bildung sorgen müssen.

¹ <http://www.oecd.org/pisa/pisa2009keyfindings.htm>

² Siehe auch Bericht der hochrangigen Gruppe der EU zur Alphabetisierung: http://ec.europa.eu/education/literacy/what-eu/high-level-group/documents/literacy-final-report_en.pdf

³ Strategischer Rahmen für die europäische Zusammenarbeit auf dem Gebiet der allgemeinen und beruflichen Bildung ("ET 2020"), [ABl. C 119 vom 28.5.2009, S. 2-10](#).

In den Schlussfolgerungen wird betont, dass auf einzelstaatlicher Ebene gezielte und effiziente Investitionen getätigt werden müssen und dass die Qualität und der Status der Lehrer zu verbessern und die Kompetenzen in Abstimmung auf den Arbeitsmarktbedarf weiterzuentwickeln sind. Was die europäische Ebene anbelangt, so wird dazu aufgerufen, dass der Bereich der allgemeinen und beruflichen Bildung bei der Umsetzung der Aspekte der Strategie Europa 2020, die die allgemeine und berufliche Bildung betreffen, eine gewichtigere Rolle spielen sollte; in diesem Sinne sollten die für Bildung zuständigen Minister regelmäßig über die das Europäische Semester betreffenden Fragen beraten, und die Zusammenarbeit zwischen dem Ausschuss für Bildungsfragen und dem Beschäftigungsausschuss sowie weiteren einschlägigen Ausschüssen sollte gefördert werden.

In den vom Rat im Juli 2012 angenommenen länderspezifischen Empfehlungen im Rahmen der Strategie Europa 2020 werden eine Reihe von Bereichen genannt, in denen in der gesamten Union bessere Bildungsergebnisse erzielt werden könnten: Verringerung der Zahl der Schulabbrecher, Erleichterung des Übergangs junger Menschen von der allgemeinen und beruflichen Bildung in den Arbeitsmarkt, Ausbau der beruflichen Erstausbildung oder Weiterbildung, Modernisierung der Hochschulbildung sowie Verbesserung des Zugangs benachteiligter Gruppen zum Bildungssystem.

Die Kommission forderte die Mitgliedstaaten auf, die länderspezifischen Empfehlungen umzusetzen, und erklärte, dass diese eine wichtige Grundlage für die Botschaften des für Bildungsfragen zuständigen Rates für die Tagung des Europäischen Rates im Frühjahr sein werden.

Die Kommission wies ferner auf den unlängst veröffentlichten analytischen Bericht zur Überprüfung der allgemeinen und beruflichen Bildung hin und hob die Bedeutung des EURYDICE-Netzes hervor, das eine äußerst wertvolle Informationsquelle darstelle.

Validierung nichtformalen und informellen Lernens

Der Rat hat eine politische Einigung über eine Empfehlung zur Validierung nichtformalen und informellen Lernens¹ erzielt, die auch eine der Prioritäten des zyprischen Vorsitzes ist. In der Empfehlung werden die Mitgliedstaaten aufgefordert, im Einklang mit den nationalen Gegebenheiten und Besonderheiten bis spätestens 2018 Regelungen für die Validierung nichtformalen und informellen Lernens einzuführen; ferner werden Prinzipien und Komponenten ermittelt, die im Hinblick auf einen wirksamen Validierungsprozess berücksichtigt werden sollten.

Der Vorsitz unterstrich, dass der Schwerpunkt des Bildungssystems zwar weiterhin auf der formalen Bildung und dem Bestreben liegen sollte, sicherzustellen, dass alle Schüler und Studierenden hochwertige Lernergebnisse erzielen; in der gegenwärtigen Situation, die durch wachsende Arbeitslosigkeit und mangelndes Wirtschaftswachstum gekennzeichnet sei, könne die Hinwendung zu neuen Lernangeboten und der bestmögliche Einsatz von außerhalb der formalen Bildung erworbenen Kenntnissen, Fertigkeiten und Kompetenzen jedoch für die Steigerung von Beschäftigungsfähigkeit und Mobilität eine wichtige Rolle spielen und insbesondere sozioökonomisch benachteiligte oder niedrigqualifizierte Menschen verstärkt für lebenslanges Lernen motivieren.

Einige Mitgliedstaaten wiesen darauf hin, dass in ihrem Land bereits Regelungen für die Validierung von Lernergebnissen bestehen, während andere Mitgliedstaaten solche Regelungen derzeit ausarbeiten.

Die Kommission hob hervor, dass der Validierung der Ergebnisse nichtformalen und informellen Lernens – speziell angesichts der derzeit schwierigen Beschäftigungslage, mit der viele junge Menschen konfrontiert sind – besondere Bedeutung zukommt.

Die Kommission erklärte, sie betrachte die erzielte Einigung als gutes Ergebnis, allerdings sei die Frist für die Umsetzung der Empfehlung ihres Erachtens nicht ambitioniert genug, was sie in einer entsprechenden Erklärung für das Ratsprotokoll festhalten werde.

¹ Nichtformales Lernen bezeichnet einen Lernprozess, der im Rahmen planvoller Tätigkeiten stattfindet und bei dem das Lernen in einer bestimmten Form unterstützt wird (z. B. im Rahmen eines Lehrer-Schüler-Verhältnisses). Ausgesprochen typische Beispiele für nichtformales Lernen sind die innerbetriebliche Weiterbildung, strukturiertes Online-Lernen (z. B. durch Nutzung offener Bildungsressourcen) und Kurse, die Organisationen der Zivilgesellschaft organisieren.

Informelles Lernen bezeichnet einen Lernprozess oder den Erwerb von Fähigkeiten, der im Alltag – am Arbeitsplatz, im Familienkreis oder in der Freizeit – stattfindet, z. B. die am Arbeitsplatz erworbene Fähigkeit, ein Projekt zu leiten, oder IKT-Fertigkeiten, während eines Auslandsaufenthalts erworbene Sprachkenntnisse oder interkulturelle Fähigkeiten, außerhalb des Arbeitsplatzes erlangte IKT-Fertigkeiten sowie Fähigkeiten, die durch freiwillige, kulturelle oder sportliche Aktivitäten, in der Jugendarbeit oder zu Hause (z. B. Kinderbetreuung) erworben wurden.

Verbesserung der Qualität und des Status der Lehrer

Die Minister haben sich in einer öffentlichen Aussprache mit der Frage befasst, wie die Qualität, die Kompetenzen und der Status von Lehrern in Zeiten knapper Finanzmittel verbessert werden können.

Die Kommission hob hervor, dass leistungsstarke Bildungssysteme in Europa gut ausgebildeter Lehrkräfte bedürfen. Dazu gehöre insbesondere, dass die Grundausbildung von Lehrern verbessert werde, dass junge Lehrer individuelle Unterstützung erhielten, um ihr Ausscheiden in den ersten Jahren zu verhindern, und dass die Fortbildung verbessert und der Lehrberuf in finanzieller Hinsicht und unter dem Aspekt der persönlichen Entwicklung attraktiver gestaltet werde.

Die Aussprache wurde von drei "Wortführern" aus Irland, Schweden und Spanien eröffnet, die besonders relevante nationale Initiativen vorstellten.

Der irische Minister erklärte, dass das irische Bildungssystem mit Blick auf die Lehrkräfte derzeit umfassend reformiert werde, um den Respekt vor Lehrern wiederherzustellen, die Berufsausbildung von Grundschullehrern zu verbessern und die Lehrkräfte für ihre fortlaufende berufliche Weiterbildung stärker selbst verantwortlich zu machen. Er erklärte, Europa falle im Bildungsbereich hinter zahlreiche internationale Wettbewerber zurück und 20 % der derzeit funktionalen Analphabeten würden wahrscheinlich auf Dauer arbeitslos sein, was Reformen dringend erforderlich mache.

Der schwedische Minister berichtete, dass sein Land hohe Anforderungen an die Lehramtsbewerber stelle und gute Gehälter bezahle; die Lehrkräfte hätten kaum Verwaltungsaufgaben und könnten sich so auf den Unterricht konzentrieren. Das Gehalt sei allerdings von der Leistung abhängig.

Der spanische Minister vertrat die Ansicht, dass ein Lehrer auch eine Rolle als Berater zu erfüllen habe; Unterrichten solle eine kollektive Erfahrung sein. Er erklärte, der Lehrberuf müsse während der gesamten Laufbahn des Lehrers attraktiv bleiben, weshalb permanente Fortbildung so wichtig sei.

Die meisten Mitgliedstaaten erkannten an, dass die Lehrer im Zentrum aller Bildungs- und Ausbildungssysteme stehen und ein entscheidender Faktor des Unterrichtserfolges sind: Lehrer sollten auch weiterhin ein Vorbild für die Lernenden sein. Der Verbesserung der Qualität und des Status der Lehrer schenken die Mitgliedstaaten deshalb auch in Zeiten knapper Finanzmittel besondere Beachtung.

Einige Mitgliedstaaten betonten, dass Lehrer gegenwärtig und in den kommenden Jahren großen sozioökonomischen, demografischen, ökologischen und technologischen Herausforderungen gegenüberstehen; damit sie diese angemessen meistern könnten, müssten ihre Fähigkeiten und Kompetenzen laufend verbessert werden.

Mehrere Mitgliedstaaten betonten, wie wichtig es sei, hochqualifizierte Bewerber für den Lehrberuf zu gewinnen und ihnen echte Karrieremöglichkeiten zu bieten. Einige von ihnen haben Eignungstests für die Zulassung von Schulabgängern zur Lehrerausbildung eingeführt, während nach Auffassung anderer besonders in der Sekundarstufe sichergestellt sein muss, dass die Lehrkräfte ihr Fachgebiet exzellent beherrschen und über exzellente pädagogische Fähigkeiten verfügen.

Schließlich schlugen einige Mitgliedstaaten vor, den Europäischen Sozialfonds für die Finanzierung einer hochwertigen Ausbildung von Lehrern zu nutzen; einige hoben die Bedeutung der Mobilität von Lehrkräften im Rahmen der verschiedenen europäischen Programme in diesem Bereich, beispielsweise COMENIUS, hervor.

Sonstiges

- **Mittel für das Erasmus-Programm 2012-2013**

Der Rat hat Informationen des Vorsitzes zu den Mitteln für das Erasmus-Programm 2012-2013 zur Kenntnis genommen.

Aufgrund einer Differenz zwischen den für 2012 veranschlagten Ausgaben und den tatsächlichen Verpflichtungen der Mitgliedstaaten fehlen offensichtlich rund 180 Mio. EUR; davon ist das Programm für lebenslanges Lernen betroffen, wobei die Hälfte des Betrags für das Erasmus-Austauschprogramm benötigt wird.

Da das Parlament und der Rat sich unlängst weder auf den Vorschlag, den Haushaltsplan für dieses Jahr zu ändern, noch auf den Vorschlag der Kommission für den Haushaltsplan für 2013 einigen konnten, musste das ganze Haushaltsverfahren jetzt neu aufgenommen werden. Die Kommission hat deshalb einen neuen Haushaltsplanentwurf für 2013 ausgearbeitet, und die Verhandlungen mit dem Europäischen Parlament über einen Entwurf eines Berichtigungshaushaltsplans für 2012 und über den Haushaltsplanentwurf für 2013 wurden wiederaufgenommen.

Die Kommission bedauerte die derzeitige Situation und warnte, dass es ohne eine rasche Einigung über den Entwurf des Berichtigungshaushaltsplans für 2012 und den Haushaltsplanentwurf für 2013 bereits sehr schwer sein werde, Stipendien für Studenten im ersten Quartal 2013 zu finanzieren.

- **Mitteilung der Kommission "Neue Denkansätze für die Bildung"**

Der Rat hat Ausführungen der Kommission zu ihrer Mitteilung mit dem Titel "Neue Denkansätze für die Bildung: bessere sozioökonomische Ergebnisse durch Investitionen in Qualifikationen" ([14871/12](#)) zur Kenntnis genommen, in der es vor allem um die Verbesserung der Qualifikationen in einem breiten Spektrum von Sektoren, unter anderem bei den Grundfertigkeiten, Sprachen und IKT-Fertigkeiten, geht. In der Mitteilung wird ferner geprüft, welche Reformen in Bildung und Ausbildung erforderlich sind, damit entsprechende Entwicklungen erleichtert werden.

Die Kommission wies darauf hin, dass ihre Mitteilung ein umfassendes Paket darstellt, mit dem die Rolle der Bildung in der Strategie Europa 2020 gestärkt wird; in Zeiten knapper Haushaltsmittel sei die Finanzierung jedoch genau zu planen, und es müsse auch auf Kosteneffizienz geachtet werden.

- **Arbeitsprogramm des kommenden Vorsitzes**

Der Rat hat Informationen der irischen Delegation zu den Prioritäten des künftigen Vorsitzes im Bildungsbereich für das kommende Halbjahr zur Kenntnis genommen, nämlich die Fortsetzung der Verhandlungen über das Programm "ERASMUS FÜR ALLE", die Qualifizierungsinitiative und die Initiative zur Lehrerausbildung sowie die soziale Dimension der Hochschulbildung.

KULTUR UND AUDIOVISUELLE MEDIEN

Programm "Kreatives Europa"

Der Rat hat in öffentlicher Beratung eine partielle allgemeine Ausrichtung zu dem Vorschlag für eine Verordnung zur Einrichtung des Programms "Kreatives Europa" für den Zeitraum 2014-2020 festgelegt ([17186/11](#)), in dem die derzeit eigenständigen drei Programme "Kultur", MEDIA und MEDIA MUNDUS zusammengefasst werden. Das Programm "Kreatives Europa" hat eine doppelte Zielsetzung: Förderung der kulturellen Vielfalt und Steigerung der Wettbewerbsfähigkeit der Kultur- und Kreativbranche sowie des audiovisuellen Sektors. Die Kommission schlägt eine Mittelausstattung von 1,8 Mrd. EUR vor; davon würden 15 % auf den branchenübergreifenden Aktionsbereich, 30 % auf den Aktionsbereich "Kultur" und 55 % auf den Aktionsbereich MEDIA entfallen.

Insbesondere soll mit dieser zweiten partiellen allgemeinen Ausrichtung¹ eine Einigung über die Bestimmungen über die Garantiefazilität, die kleinen und mittleren Unternehmen aus dieser Branche den Zugang zu Finanzierungen erleichtern soll, herbeigeführt werden. Die wichtigsten noch offenen Fragen betreffen die Finanzierung kommerzieller kultureller Projekte, die Indikatoren und die Durchführungsbestimmungen. Die Kommission hat vorgeschlagen, 200 Mio. EUR für die Fazilität vorzusehen.

Der Vorsitz hat seine Arbeiten auf die Bestimmungen über die Garantiefazilität konzentriert und eine Reihe von Änderungen an dem Vorschlag vorgenommen, um für ein geografisches Gleichgewicht zwischen den Mitgliedstaaten und eine ausgewogene Vertretung der Sektoren zu sorgen, da dies insbesondere für kleinere Mitgliedstaaten und Mitgliedstaaten mit kleinen Sprachräumen sehr wichtig ist. Ferner wurden die Struktur und die Aufgaben der Garantiefazilität spezifiziert und die Rollen der einzelnen beteiligten Akteure festgelegt.

Es wurden strengere Bestimmungen zur Berichterstattung durch die Kommission festgelegt; es ist nun vorgesehen, dass die Kommission Halbzeit- und Abschlussbewertungsberichte zu erstellen und sowohl dem Europäischen Parlament als auch dem Rat vorzulegen hat. Die Kommission ist der Auffassung, dass die strengeren Bestimmungen über die Berichterstattung den Verwaltungsaufwand und die Umsetzungskosten erhöhen.

Ferner wurde eine neue Bestimmung aufgenommen, wonach das jährliche Arbeitsprogramm für die Fazilität drei Bündel von Kriterien und die jährliche Mittelzuweisung an den Europäischen Investitionsfonds beinhalten soll. Die Kommission lehnt diese Änderung mit dem Argument ab, dass zu viele Details verlangt werden, was die Umsetzung unnötig schwierig mache.

¹ Die erste wurde auf der Tagung des Rates (Bildung, Jugend, Kultur und Sport) im Mai festgelegt ([9097/12](#)), umfasste jedoch nicht die Bestimmungen mit Auswirkungen auf den Haushalt, da die Verhandlungen über den mehrjährigen Finanzrahmen 2014-2020 noch nicht abgeschlossen waren.

Die Berichterstatterin des federführenden EP-Ausschusses für Kultur und Bildung hat am 8. Oktober den Entwurf ihres Berichts vorgelegt. Die Abstimmung im Ausschuss soll am 18. Dezember 2012 stattfinden.

Kulturhauptstädte Europas

Im Rahmen öffentlicher Beratungen hat der Vorsitz die Minister über die Fortschritte unterrichtet, die in Bezug auf den Vorschlag für einen Beschluss zur Einrichtung einer Aktion der Europäischen Union für die "Kulturhauptstädte Europas" im Zeitraum 2020 bis 2033 erzielt worden sind ([15848/12](#)).

Mit diesem Beschluss wird die Reihenfolge der zur Benennung einer "Kulturhauptstadt Europas" berechtigten Länder bis 2019 festgelegt. Da das Bewerbungs-, Evaluierungs- und Auswahlverfahren ungefähr sechs Jahre dauert, muss nun mit den Verhandlungen über die Fortführung dieser Aktion über 2019 hinaus begonnen werden, damit der Rahmen 2013 feststeht.

In dem im Juli 2012 vorgelegten Kommissionsvorschlag werden die allgemeine Struktur der derzeitigen Aktion sowie mehrere Elemente beibehalten, wie z.B. die zeitliche Abfolge der zur Benennung einer europäischen Kulturhauptstadt berechtigten Mitgliedstaaten, die Auswahl auf der Grundlage von eigens für diese Veranstaltung erstellten auf ein Jahr angelegten Kulturprogrammen, die Zulässigkeit von Städten, die ihr Umland mit einbeziehen können, und das zweistufige Auswahlverfahren.

Als wichtigste Änderungen an dem derzeitigen System wird Folgendes vorgeschlagen:

- Stärkung der Auswahlkriterien, indem die Zahl der Kategorien von zwei auf sechs erhöht wird und sie detaillierter beschrieben werden;
- Einrichtung einer einzigen europäischen Jury, die sowohl für das Auswahl- als auch das Monitoringverfahren zuständig ist und die sich nicht mehr aus nationalen Experten, sondern ausschließlich aus Experten, die von den EU-Institutionen benannt werden, zusammensetzt;
- Nominierung der Kulturhauptstädte durch die Kommission und nicht mehr wie bisher durch den Rat;
- Teilnahmemöglichkeit auch für Städte aus Bewerberländern und potenziellen Bewerberländern, wobei alle drei Jahre ein offener Wettbewerb für Städte aus diesen Ländern organisiert wird. Die Abstimmung im zuständigen Ausschuss des Parlaments soll am 23. April 2013 stattfinden; die Abstimmung im Plenum findet voraussichtlich am 11. Juni 2013 statt.

Kulturpolitische Steuerung (Cultural Governance)

Der Rat hat Schlussfolgerungen zur kulturpolitischen Steuerung (Cultural Governance) angenommen ([15849/12](#) + [COR 1](#)), die ein Instrument ist, das den Regierungen bei der Umsetzung der Kulturpolitik und bei der Durchführung integrierter politischer Maßnahmen zur Verankerung der Kultur in der politischen Agenda helfen kann.

Zu diesem Zweck wird in den Schlussfolgerungen empfohlen, neue Methoden in der kulturellen Forschung anzuwenden, die nicht nur quantitativen, sondern auch qualitativen Daten Rechnung tragen. Mit diesem Ansatz würde gewährleistet, dass die Kulturpolitik den intrinsischen Wert der Kunst für den Einzelnen und für die Gesellschaft nicht aus den Augen verliert. Die Mitgliedstaaten werden ferner ersucht, Synergien zu fördern und integrierte Strategien auf lokaler, regionaler, nationaler und europäischer Ebene zu entwickeln.

Gemeinsam mit der Kommission billigten die Mitgliedstaaten die Schaffung eines Systems für den Austausch von Informationen, das eine frühzeitige und regelmäßige Unterrichtung über Tätigkeiten und Maßnahmen der EU ermöglicht, die Auswirkungen auf den Kulturbereich haben. Außerdem kamen die Mitgliedstaaten überein, im Jahr 2015 die Durchführung dieser Schlussfolgerungen zu überprüfen.

Das Kommissionsmitglied Frau Vassiliou betonte, dass in Zeiten der Krise darauf zu achten ist, dass Strategien im Kulturbereich wirksam und kosteneffizient durchgeführt werden.

Besseres Internet für Kinder

Als Antwort auf die im Mai 2012 angenommene Mitteilung der Kommission ([9486/12](#)) hat der Rat Schlussfolgerungen zur Europäischen Strategie für ein besseres Internet für Kinder angenommen ([15850/12](#)), die ab 2013 das Programm "Sicheres Internet" ersetzen wird. In der Strategie werden eine Reihe von Maßnahmen vorgeschlagen, die von der Kommission, den Mitgliedstaaten und der IKT-Industrie insbesondere in den folgenden vier Bereichen durchzuführen sind:

- I. Förderung hochwertiger Online-Inhalte für Kinder und Jugendliche;
- II. verstärkte Sensibilisierung und Befähigung von Kindern und ihren Eltern und Lehrern;
- III. Schaffung eines sicheren Online-Umfelds für Kinder, insbesondere durch altersgerechte Datenschutzeinstellungen und breiteren Einsatz von elterlichen Kontrollsystemen;
- IV. Bekämpfung von Darstellungen des sexuellen Missbrauchs von Kindern durch Zusammenarbeit der Industrie, der Strafverfolgungsbehörden und Hotlines.

Diese Schlussfolgerungen ergänzen die Ende 2011 angenommenen Schlussfolgerungen über den Schutz der Kinder in der digitalen Welt ([16155/11](#)), deren Schwerpunkt auf dem dritten und vierten Bereich der Strategie lag. Im Mittelpunkt der vorliegenden Schlussfolgerungen stehen die Förderung hochwertiger Online-Inhalte und die Sensibilisierung.

In diesem Zusammenhang führten die Minister eine öffentliche Aussprache über ein besseres und **sichereres Internet für Kinder** ([15846/12](#)). Ein einigen Bereichen ist relativ leicht festzustellen, wer tätig werden muss (Regierungen/Behörden bei der Aufklärung, die Industrie bei der Schaffung hochwertiger Online-Inhalte), in anderen ist dies jedoch schwieriger, beispielsweise in den Bereichen standardmäßige Datenschutzeinstellungen und Kontrollsysteme für Eltern.

Viele Mitgliedstaaten wiesen auf die Bedeutung der digitalen Bildung hin: Kinder, Eltern und Lehrer sollten mit den erforderlichen digitalen Kompetenzen und Fähigkeiten ausgestattet werden, damit sie das Internet sicher und verantwortlich nutzen können.

Einige Mitgliedstaaten wiesen darauf hin, dass es wichtig ist, die Durchführung von Maßnahmen, die im Rahmen der Europäischen Strategie sowohl auf europäischer als auch auf nationaler Ebene auf den Weg gebracht wurden, zu koordinieren und Partnerschaften, an denen insbesondere Kinder, staatliche Stellen, zuständige Einrichtungen, NRO und die Wirtschaft beteiligt sind, zu fördern.

Eine Reihe von Mitgliedstaaten wies auf die Bedeutung der Selbstregulierung der Industrie hin, die allerdings unabhängig überwacht und beurteilt und eng mit Sensibilisierungs- und Befähigungsinitiativen verknüpft werden müsste. In diesem Zusammenhang wies die Kommission auf die im Dezember 2011 eingesetzte "CEO-Koalition" hin, eine Initiative zur Selbstregulierung, zu der sich führende Verantwortliche aus der IKT-Industrie zusammengeschlossen haben, um Maßnahmen in einer Reihe von Bereichen zu ergreifen, damit das Internet für Kinder sicherer wird. Die Koalition wird ihren Abschlussbericht im Januar 2013 veröffentlichen.

Mehrere Minister erinnerten daran, dass für eine fortgesetzte und intensivere Koordinierung der Arbeiten im Rahmen des von der EU finanzierten Netzes von Safer-Internet-Zentren in den Mitgliedstaaten gesorgt werden sollte, und betonten, dass die künftige Finanzierung des Netzes über die Fazilität "Connecting Europe" sichergestellt werden sollte.

Die Kommission hob hervor, dass es bei dieser Europäischen Strategie sowohl um Schutz als auch um Inklusion geht: Alle Kinder müssten in gleichem Maße geschützt werden. Die Durchführung finde auf nationaler Ebene statt, das Internet sei jedoch ein grenzüberschreitendes Phänomen; aus diesem Grund sei ein europäischer Ansatz erforderlich, und Kinder und junge Menschen seien in den Prozess einzubeziehen.

Sonstiges

- **Kulturhauptstädte Europas 2013**

Der Rat hat Informationen der französischen und der slowakischen Delegation über die wichtigsten Veranstaltungen des Programms für die künftigen europäischen Kulturhauptstädte Europas 2013, Marseille and Košice, zur Kenntnis genommen.

- **Staatliche Beihilfen für Filme und andere audiovisuelle Werke**

Der Rat hat Informationen der französischen Delegation zur Kenntnis genommen, die negative Auswirkungen der Neufassung der sogenannten "Kinomitteilung" der Kommission, die im März 2012 veröffentlicht wurde und die die Kommission voraussichtlich im Dezember annehmen wird, auf die staatlichen Beihilfen für europäische Filme und die Wettbewerbsfähigkeit der europäischen Filmindustrie befürchtet.

Mehrere Mitgliedstaaten, die die Bedenken Frankreichs teilen, wiesen auf die Bedeutung der europäischen Filmindustrie sowohl für die europäische Wirtschaft als auch die kulturelle Identität hin.

Kommissionsmitglied Almunia wies darauf hin, dass die Kinomitteilung, die noch aus dem Jahr 2001 stammt, aufgrund der seitherigen großen Veränderungen in der Filmindustrie aktualisiert werden muss. In dem neuen Entwurf der Mitteilung seien bereits viele Bedenken der Mitgliedstaaten berücksichtigt worden; er sei aber bereit, die Konsultationen im Januar fortzusetzen, doch müssten rasch Fortschritte erzielt werden.

Darüber hinaus sprach er sich generell für die grundsätzliche Territorialität der Beihilfe aus, die jedoch mit den Binnenmarktvorschriften vereinbar sein müsse.

Arbeitsprogramm des kommenden Vorsitzes

Der Rat hat Informationen der irischen Delegation zu den Prioritäten des künftigen Vorsitzes für das kommende Halbjahr in diesem Bereich zur Kenntnis genommen, nämlich die Einigung über die Gesetzgebungsdossiers "Kreatives Europa", "Europa für Bürgerinnen und Bürger" sowie "Kulturhauptstädte Europas".

Des Weiteren sollen Fragen im Zusammenhang mit der Kultur in internationalen Beziehungen aufgegriffen werden.

JUGEND

Beteiligung der Jugend am demokratischen Leben in Europa

Der Rat nahm eine Entschließung zum Überblick über den strukturierten Dialog mit jungen Menschen über die Teilhabe der Jugend am demokratischen Leben in Europa ([15647/12](#)) an, die die allgemeine thematische Priorität für die jugendpolitische Zusammenarbeit in Europa während des Zeitraums vom 1. Juli 2011 bis zum 31. Dezember 2012 darstellte. Diese Entschließung bewertet die Ergebnisse des derzeitigen Arbeitszyklus, enthält Kernbotschaften aus den gemeinsamen Empfehlungen und legt die Prioritäten für den nächsten 18-monatigen Arbeitszyklus fest.

Der strukturierte Dialog soll als Plattform für den ständigen Gedankenaustausch über die Prioritäten und die Durchführung der jugendpolitischen Zusammenarbeit in Europa und das diesbezügliche weitere Vorgehen dienen; er soll außerdem viele verschiedene junge Menschen und Jugendorganisationen in die Konsultationen einbeziehen, die auf allen Ebenen in den Mitgliedstaaten, auf den EU-Jugendkonferenzen und während der europäischen Woche der Jugend stattfinden.

Die Kommission hat ihre dauerhafte Unterstützung des strukturierten Dialogs bekundet und bereits die finanziellen Mittel für Projekte im Rahmen der Initiative "Jugend in Bewegung" aufgestockt.

In diesem Zusammenhang unterrichtete der zyprische Vorsitz auch die Minister über die Ergebnisse der **EU-Jugendkonferenz**, die letzten September in Zypern stattfand.

Besonderes Schwerpunktthema des zyprischen Vorsitzes in diesem Bereich war es, die Beteiligung Jugendlicher und die soziale Eingliederung aller jungen Menschen, insbesondere die Eingliederung junger Menschen mit Migrationshintergrund, zu fördern. Der Vorsitz betonte, wie wichtig die Beteiligung von jungen Menschen und Jugendorganisationen am Entscheidungsprozess sei, da sie ein wichtiger Faktor für den Aufbau integrativer, demokratischer und wohlhabender Gesellschaften ist.

Mehr als 150 Menschen nahmen an der Jugendkonferenz – der letzten Phase des Dialogs auf europäischer Ebene – teil. Es waren nicht nur junge Menschen, sondern auch Vertreter öffentlicher Verwaltungen, verschiedene Experten und die Europäischen Institutionen vertreten. Während der thematischen Workshops wurden von allen Teilnehmern gemeinsam Empfehlungen erarbeitet¹.

¹ Siehe auch Website des zyprischen Vorsitzes: <http://www.cy2012.eu>.

EU-Jugendbericht 2012

Der Rat nahm auf der Grundlage der Berichte der Mitgliedstaaten den gemeinsamen Bericht 2012 des Rates und der Kommission über die Umsetzung des erneuerten **Rahmens für die jugendpolitische Zusammenarbeit in Europa** (2010-2018) ([15660/2/12](#)) – den EU-Jugendbericht – an, in dem die Gesamtheit der jugendpolitischen Zusammenarbeit in der EU behandelt und die Umsetzung des strukturierten Dialogs mit jungen Menschen bewertet wird.

Neben der Überprüfung des Dreijahreszyklus, auch als "EU-Jugendstrategie" (2010-2012) bezeichnet, werden in dem Bericht neue politische Empfehlungen und Prioritäten für die nächsten drei Jahre vorgeschlagen. In dem Bericht wird außerdem mit Blick auf die Umsetzung des jugendpolitischen Rahmens für einen bereichsübergreifenden Ansatz auf sämtlichen Ebenen plädiert und empfohlen, insbesondere die mittel- und langfristigen Auswirkungen der steigenden Jugendarbeitslosigkeit zu behandeln. Dafür müssen die Förderung der sozialen Eingliederung sowie die Gesundheit und das Wohlbefinden stärker in den Vordergrund gerückt werden, damit jungen Menschen mehr Möglichkeiten gegeben werden, eine aktive Rolle in der Gesellschaft einzunehmen.

Darüber hinaus wird im EU-Jugendbericht auch vorgeschlagen, dass den Herausforderungen, mit denen sich junge Menschen konfrontiert sehen, künftig besser im Rahmen wichtiger EU-Initiativen, wie der Strategie "Europa 2020" (einschließlich der Jahreswachstumsberichte und der Initiativen "Jugend in Bewegung" und "Chancen für junge Menschen") begegnet werden sollte.

Soziale Eingliederung junger Menschen

Der Rat nahm Schlussfolgerungen über die Teilhabe und soziale Inklusion von jungen Menschen, insbesondere jenen mit Migrationshintergrund ([15652/12](#)), an, in denen verschiedene Maßnahmen zur Lösung dieses Problems vorgeschlagen werden. In den Schlussfolgerungen wird betont, dass dem nichtformalen und informellen Lernen eine wichtige Rolle als Instrument zur Förderung der sozialen und wirtschaftlichen Eingliederung benachteiligter Jugendlicher, insbesondere von denen mit Migrationshintergrund, zukommt; in diesem Zusammenhang ist die Arbeit von Jugendbetreuern und Jugendorganisationen mit jungen Migranten ganz besonders wichtig.

Immer mehr Studien zeigen, dass junge Frauen und Männer mit Migrationshintergrund im Bildungswesen, auf dem Arbeitsmarkt und beim Übergang von der Schule ins Erwerbsleben nach wie vor erheblich benachteiligt werden, obwohl viele von ihnen in ihrem Wohnsitzland sozialisiert oder geboren worden sind.

Die erfolgreiche Integration von Migranten stellt in vielen Mitgliedstaaten ein ernsthaftes Problem dar. Sie ist nicht nur für den Wohlstand, das gegenseitige Verständnis und die Kommunikation einzelner Migranten und der Gemeinschaft vor Ort von grundlegender Bedeutung, sondern auch für die EU als Ganzes, da sie sowohl zum Wirtschaftswachstum als auch zum Reichtum der europäischen Kultur beiträgt.

Die Kommission betonte, dass die meisten der Prioritäten des Programms "Jugend in Aktion" bereits auf die soziale Eingliederung von benachteiligten Jugendlichen gerichtet sind und dass das neue Programm "ERASMUS FÜR ALLE" ein wesentliches Instrument in diesem Bereich darstellt.

Frankreich beschrieb kurz ein in Zusammenarbeit mit anderen Mitgliedstaaten (AT, CZ, FI, PL) entwickeltes Projekt, mit dem Brücken zwischen Migrantenverbänden und traditionellen Jugendorganisationen gebaut werden sollen: eine Schulungsplattform mit Informationen, die zur Eingliederung von Migranten beigetragen soll, steht jetzt online zur Verfügung (http://www.iyouth-project.eu/de/training-materials/copy_of_understanding-migrant-youth), und für das Frühjahr 2013 ist ein Workshop in Brüssel anberaumt.

Im Anschluss an diese Schlussfolgerungen fand eine öffentliche Aussprache der Minister zu dem Thema "**Mobilität und Vielfalt: Wie kann soziale Inklusion gewährleistet werden?**" ([15657/12](#)) statt.

Mit Blick auf die zunehmende Mobilität und Vielfalt in der EU¹ ist es dringend geboten, verstärkt politische Maßnahmen zu ergreifen, die die soziale Eingliederung aller jungen Menschen fördern und auf gegenseitigem Verständnis und Respekt beruhen. Soziale Eingliederung ist ein zweiseitiger Prozess: einerseits werden jungen Menschen Chancen eröffnet und Ressourcen zugänglich gemacht, die die Voraussetzung für ihre aktive Beteiligung am wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Leben ihrer Länder sind, und andererseits verlangt sie von jungen Menschen, sich aktiv in die Gesellschaft einzubringen, in der sie leben, angefangen bei ihrer Gemeinde vor Ort.

Die meisten Mitgliedstaaten betonten erneut, dass Mobilität und Migration zwar heikle Themen seien, die eine Herausforderung darstellen könnten, aber gleichzeitig auch Möglichkeiten bieten würden, und nicht nur zu kulturellem Reichtum führen, sondern auch zum Wachstum beitragen könnten.

Viele Mitgliedstaaten sahen die Schulen als einen der Hauptvektoren für die Integration: Bildungs- und Ausbildungssysteme müssten angepasst werden, und Lehrern sollte die Möglichkeiten zur Fortbildung und zur Aneignung der erforderlichen Kompetenzen gegeben werden, um den besonderen, individuellen Bedürfnissen der einzelnen Lernenden gerecht zu werden, nicht zuletzt dadurch, dass junge Menschen mit Migrationshintergrund beim Lernen, insbesondere beim Fremdspracherwerb, besser unterstützt werden.

¹ Im Laufe der letzten Jahre hat die Mobilität innerhalb der Europäischen Union insbesondere bei jungen Menschen beträchtlich zugenommen. Nach Angaben von Eurostat leben 12,8 Millionen EU-Bürger in einem anderen Mitgliedstaat als ihrem Herkunftsstaat; das entspricht 2,5 % der Bevölkerung der EU-27. Außerdem leben 20,5 Millionen Drittstaatsangehörige in der EU; das entspricht etwa 4 % der gesamten EU-Bevölkerung.

Einige Mitgliedstaaten waren der Auffassung, dass leicht zugängliche öffentliche Dienste – soweit möglich, in der jeweiligen Muttersprache – für Jugendliche, die Diskriminierung, Fremdenfeindlichkeit oder Rassismus erfahren haben oder erfahren könnten, bereitgestellt werden sollten. In diesem Zusammenhang erinnerten mehrere Mitgliedstaaten auch daran, wie wichtig es sei, die Zugänglichkeit von Kultur-, Sport- und Freizeitangeboten zu verbessern, da sie wichtige Instrumente für die soziale Eingliederung junger Menschen mit Migrationshintergrund und junger mobiler EU-Bürger sind; sie betonten auch die wichtige Rolle, die Jugend- und Nichtregierungsorganisationen und in diesem Bereich zukommen kann.

Mehrere Mitgliedstaaten unterstützten auch Programme und Aktivitäten, die mittels Berufsberatung und Informationen über Beschäftigungs-, Bildungs- und Fortbildungsmöglichkeiten den Zugang zur Beschäftigung erleichtern und die Beschäftigungsfähigkeit verbessern. Die meisten Mitgliedstaaten erkannten auch den wesentlichen Beitrag der europäischen Programme und Maßnahmen, wie ERASMUS und "Jugend in Aktion", in diesem Bereich an.

Sonstiges

• Arbeitsprogramm des kommenden Vorsitzes

Der Rat nahm die Informationen der irischen Delegation zu den Prioritäten des künftigen Vorsitzes für das kommende Halbjahr in diesem Bereich zur Kenntnis, nämlich

- soziale Eingliederung, einschließlich des wichtigen Beitrags des nichtformalen und informellen Lernens;
- Beitrag der Jugendpolitik zum Erreichen der Ziele der Strategie "Europa 2020".

SPORT

Faktengrundlage für die Politikgestaltung im Bereich des Sports

Der Rat nahm Schlussfolgerungen zur Stärkung der **Faktengrundlage für die Politikgestaltung im Bereich des Sports** ([15873/12](#)) an, in denen die wirtschaftliche Bedeutung des Sports und sein wesentlicher Beitrag zur Verwirklichung der Ziele der Strategie "Europa 2020" als wichtiger Wachstums- und Beschäftigungsmotor und auch zur Gewährleistung von sozialem Zusammenhalt, Entwicklung von Kompetenzen und Wohlergehen hervorgehoben werden.

Mit den Schlussfolgerungen soll auch die Rolle der Sport-Satellitenkonten (ein statistischer Rahmen zur Messung der wirtschaftlichen Bedeutung eines bestimmten Wirtschaftszweigs innerhalb einer Volkswirtschaft) gefördert werden, die 2006 eingerichtet wurden und ein wertvolles Instrument sind, um Daten für die Gestaltung der Sportpolitik zu generieren.

In zahlreichen Mitgliedstaaten sind zwar Forschungsarbeiten zur wirtschaftlichen Bedeutung des Sports erfolgt, die Ergebnisse dieser Arbeiten waren jedoch im Allgemeinen nicht vergleichbar. In den Schlussfolgerungen wird betont, dass sich eine intensivierete Zusammenarbeit mit dem Ziel einer besseren Kenntnis des Sports in der EU am besten durch eine sektorübergreifende Zusammenarbeit zwischen Wissenschaftlern, der Sportindustrie, der Sportbewegung sowie nationalen und europäischen Behörden, einschließlich der statistischen Ämter, erreichen lässt.

Manipulation von Sportergebnissen

Der Rat konnte den Entwurf von Schlussfolgerungen zu einer **Strategie gegen die Manipulation von Sportergebnissen** nicht annehmen. Es hatten zwar 26 Mitgliedstaaten eine Einigung über den Text erzielt, ein Mitgliedstaat konnte dem Text jedoch nicht zustimmen. Der Entwurf von Schlussfolgerungen wird daher als Schlussfolgerungen des Vorsitzes ([17049/12](#)) angenommen. Malta gab eine Erklärung für das Ratsprotokoll ab.

Infolge der raschen Zunahme von Online-Wetten waren im Sport in Europa in den letzten Jahren mehrere Skandale im Zusammenhang mit der Manipulation von Ergebnissen zu verzeichnen. Zahlreiche Sportarten sind davon betroffen, kein Sport ist gegen dieses potenzielle Risiko immun, da Menschen Wetten auf den Ausgang jedes Wettbewerbs schließen. Diese Art des Betrugs ist im Allgemeinen mit schweren Straftaten wie Korruption, Betrug und Geldwäsche verknüpft, wobei die einschlägigen Gewinne in andere kriminelle Netzwerke fließen.

Der grenzüberschreitende Charakter von Spielabsprachen und der Wettindustrie, der in engem Zusammenhang mit dem Problem steht, bedeutet, dass es sich hier eindeutig um einen Bereich handelt, in dem ein Vorgehen auf EU-Ebene einen echten Mehrwert bringen kann. Im Arbeitsplan der EU für den Sport (2011-2014)¹ wurde die Bekämpfung von Spielabsprachen bereits als vorrangiges Thema² hervorgehoben.

¹ [ABl. C 162 vom 1.6.2011, S. 1.](#)

² [Siehe auch vor kurzem vorgelegte Mitteilung der Kommission "Ein umfassender europäischer Rahmen für das Online-Glücksspiel" \(\[15737/12\]\(#\)\).](#)

In den Schlussfolgerungen des Vorsitizes wird hervorgehoben, dass die Grundsätze einer verantwortungsvollen Führung, wie solide Finanzverwaltung, Transparenz sowie Risikomanagementpläne und -strategien auf Vereins- und Verbandsebene, entscheidend dazu beitragen, Betrug im Sport, insbesondere Spielabsprachen, zu verhindern und die Integrität des Sports zu bewahren.

Ferner werden die Mitgliedstaaten aufgefordert, nationale Initiativen zu unterstützen, die dazu dienen, Sportteilnehmer sowie Strafverfolgungsbehörden, Glücksspielaufsichtsbehörden, Wettanbieter und die Öffentlichkeit insgesamt über die mit Spielabsprachen verbundenen Risiken aufzuklären und zu belehren. Außerdem werden eine enge Zusammenarbeit und ein Informationsaustausch zwischen den Mitgliedstaaten, der Kommission und der Welt des Sports empfohlen.

Gesundheitsfördernde körperliche Aktivität

Der Rat nahm Schlussfolgerungen zur Unterstützung gesundheitsfördernder körperlicher Aktivität ([15871/12](#)), eine der Prioritäten des zyprischen Vorsitizes im Sportsektor, an. In den Schlussfolgerungen werden die Mitgliedstaaten aufgefordert, Initiativen zu unterstützen, die auf die Förderung körperlicher Aktivität im Sportsektor abstellen, wie spezielle Leitlinien für die Verbesserung der Angebote für körperliche Betätigung in lokalen Sportvereinen sowie spezifische Programme von Sportverbänden für bestimmte Sportarten.

Außerdem wird in den Schlussfolgerungen die Kommission ersucht, dringend einen Vorschlag für eine Empfehlung des Rates in diesem Bereich auszuarbeiten, die auf den Grundsätzen der EU-Leitlinien für körperliche Aktivität¹ und den Erkenntnissen der Expertengruppe für Sport, Gesundheit und Beteiligung aufbauen sollte, die im Rahmen des Arbeitsplans der EU für den Sport (2011-2014) eingerichtet wurde. Auch im Arbeitsplan wird die Unterstützung gesundheitsfördernder körperlicher Aktivität als eines der vorrangigen Themen festgelegt, um "Möglichkeiten zur Unterstützung gesundheitsfördernder körperlicher Aktivität und der Beteiligung am Breitensport zu erkunden"².

Die Weltgesundheitsorganisation (WHO) hat unlängst Bewegungsmangel als weltweit viertgrößten Hauptrisikofaktor für vorzeitige Mortalität und Krankheiten benannt³, auf den jährlich etwa eine Million Todesfälle in der europäischen Region alleine zurückzuführen sind.

Trotz der zunehmenden Erkenntnis darüber, wie wichtig gesundheitsfördernde körperliche Aktivität für den einzelnen Bürger und die Gesellschaft insgesamt ist, geht aus EU-weiten Umfragen, einschließlich der Eurobarometer-Umfrage zu Sport und körperlicher Aktivität, hervor, dass 60 % der EU-Bürger selten oder nie körperliche Bewegung ausüben. Diese allgemeine Tendenz und die erheblichen Unterschiede zwischen den Mitgliedstaaten werden durch die auf nationaler Ebene verfügbaren Daten bestätigt.

¹ http://ec.europa.eu/sport/library/documents/c1/eu-physical-activity-guidelines-2008_de.pdf.

² Siehe auch Mitteilung der Kommission "Entwicklung der europäischen Dimension des Sports" ([5597/11](#)).

³ http://www.who.int/healthinfo/global_burden_disease/global_health_risks/en/index.html.

Jährliche Europäische Woche des Sports

In diesem Zusammenhang führten die Minister eine öffentliche Aussprache zum Thema "Vom virtuellen zum echten Sport – runter vom Sofa, rauf auf den Sportplatz" ([15814/12](#)), die sich insbesondere mit der künftigen Einrichtung der jährlichen Europäischen Woche des Sports befasste, um auf diese Weise die Ausübung von Sport und körperlicher Aktivität, insbesondere bei Kindern, Jugendlichen und jungen Erwachsenen zu fördern, wobei vergleichbaren nationalen Initiativen Rechnung getragen und die Zusammenarbeit mit den jeweiligen Sportorganisationen sichergestellt werden soll.

Dieses Thema wurde auch im Rahmen des strukturierten Dialogs zwischen den EU-Sportministern der erweiterten Troika, der Kommission und Vertretern der Sportbewegung aus **ISCA** (International Sport and Culture Association), **EHFA** (European Health and Fitness Association), **UEFA**, dem **Sportforum der EU**, **EUPEA** (European Physical Education Association), **TAFISA** (Association For International Sport for All), **ISF** (International School Sport Federation) und **FESI** (Federation of the European Sporting goods Industry) erörtert.

Sportverbände und die Mitgliedstaaten im Allgemeinen begrüßten den Gedanken nachdrücklich, einige Mitgliedstaaten hatten allerdings Zweifel an dem wirklichen europäischen Mehrwert dieses Projekts, da es in vielen Mitgliedstaaten bereits mehrere ähnliche Initiativen gibt. Eine wirksame Koordinierung zwischen den Mitgliedstaaten, Institutionen und den europäischen sowie nationalen Sportorganisationen wird von grundlegender Bedeutung sein. Auch finanzielle Fragen müssen behandelt werden, und die Initiative sollte möglichst kostenwirksam sein.

Die Kommission betonte, dass die Initiative auf bereits bestehenden Maßnahmen aufbauen und diese nicht ersetzen sollte. Sie sollte auch örtliche, regionale und nationale Sportorganisationen, lokale Vereine, Schulen, das Europäische Parlament und den Ausschuss der Regionen umfassen und hätte die volle Unterstützung der Kommission, die in Erwägung ziehen könnte, einige Finanzmittel aus dem Erasmus-Programm bereitzustellen.

Viele Mitgliedstaaten und die Kommission betonten, dass man bei der Initiative um integrative Maßnahmen bemüht sein sollte, die Menschen aller Altersgruppen und jeglicher Herkunft, einschließlich Bürger mit Behinderung und benachteiligte Bürger, die oft nicht die Möglichkeit oder Chance haben, Sport auszuüben, einbeziehen.

Verschiedene Mitgliedstaaten bestanden auch darauf, dass der Hauptfaktor der Europäischen Woche des Sports Vergnügen und nicht Wettbewerb sein sollte und dass sie daher die Einbeziehung des Breitensports gewährleisten und freiwillige Arbeit fördern sollte.

Anti-Doping

Der Rat benannte die drei **EU-Vertreter** im Stiftungsrat der **Welt-Anti-Doping-Agentur** (WADA) (2013-2015) ([15720/12](#)), der nach dem Troika-Prinzip zusammengesetzt ist, wonach die Vertreter entsprechend dem EU-Vorsitz alle 18 Monate rotieren:

- Herrn Leo VARADKAR, Minister für Verkehr, Tourismus und Sport (Irland);
- Herrn Romain SCHNEIDER, Minister für Sport (Großherzogtum Luxemburg);
- Herrn Alexandre Miguel MESTRE, Staatssekretär für Sport und Jugend (Portugal).

Die 1999 gegründete Welt-Anti-Doping-Agentur (WADA)¹ ist eine Körperschaft des privaten Rechts, deren Auftrag die Förderung, Koordinierung und Überwachung der Bekämpfung von Doping in allen seinen Ausprägungen ist. Ihre Hauptaufgaben umfassen die wissenschaftliche Forschung, die Bildung, die Entwicklung von Anti-Doping-Kapazitäten und die Überwachung des Welt-Anti-Doping-Kodexes.

Die WADA besteht aus einem Stiftungsrat, einen Exekutivkomitee und verschiedenen anderen Komitees. Der aus 38 Mitgliedern bestehende Stiftungsrat ist das höchste Leitungsorgan der WADA und setzt sich aus einem ausgewogenen Verhältnis von Vertretern der Olympischen Bewegung und der Regierungen zusammen. Der europäische Kontinent hat fünf Vertreter im Stiftungsrat (drei davon aus der EU).

In diesem Zusammenhang werden die Minister vom Vorsitz über das Ergebnis der letzten Sitzung der Welt-Anti-Doping-Agentur in Montreal über die laufende Überarbeitung des WADA-Kodexes unterrichtet.

Der Welt-Anti-Doping-Kodex ist das Grundlegendokument, das als Rahmenwerk für harmonisierte Anti-Doping-Strategien, -Regeln und -Bestimmungen von Sportorganisationen und Behörden in allen Sportarten und in allen Ländern dient. Das Überarbeitungsverfahren wurde im November 2011 eingeleitet, und der endgültige Entwurf soll dem WADA-Stiftungsrat im November 2013 auf der Welt-Anti-Doping-Konferenz in Johannesburg zur Annahme vorgelegt werden. Der neue Kodex soll danach am 1. Januar 2015 in Kraft treten.

¹ <http://www.wada-ama.org>.

Sonstiges

• Arbeitsprogramm des kommenden Vorsitzes

Der Rat nahm die Informationen der irischen Delegation zu den Prioritäten des künftigen Vorsitzes für das kommende Halbjahr in diesem Bereich zur Kenntnis, nämlich

- Fortschritt bei der Umsetzung des Arbeitsplans der EU für den Sport,
- nachhaltige Finanzierung des Sports,
- Integrität des Sports, insbesondere Anti-Doping-Fragen.

SONSTIGE ANGENOMMENE PUNKTE**KULTUR****Die Archive in Europa und die Herausforderungen des digitalen Zeitalters**

Der Rat nahm einen Bericht der Kommission mit dem Titel "Die Archive in Europa und die Herausforderungen des digitalen Zeitalters" zur Kenntnis ([14974/12](#) und [14974/12 ADD1](#)).

Im Mittelpunkt des Berichts stehen die folgenden Themen: die sich wandelnde Rolle der Archive, Einsichtnahme vor Ort oder Online-Zugang zu digitalen Archiven, die Beziehungen zwischen Archiven, die Weiterverwendung von Informationen des öffentlichen Sektors, Digitalisierung sowie Kosten und Finanzierung.

Dies ist der zweite Fortschrittsbericht, der dem Rat über die Umsetzung der Empfehlung 2005/835/EG über vorrangige Aktionen zur Stärkung der Zusammenarbeit im europäischen Archivwesen¹ vorgelegt wird.

GEISTIGES EIGENTUM**Zugang zu Büchern für Menschen mit Lesebehinderung – Weltorganisation für geistiges Eigentum**

Der Rat ermächtigte die Kommission, im Rahmen der Weltorganisation für geistiges Eigentum ein internationales Abkommen über einen besseren Zugang zu Büchern für Menschen mit Lesebehinderung auszuhandeln.

AUSWÄRTIGE ANGELEGENHEITEN**Vermögensabschöpfung - Ägypten und Tunesien**

Der Rat leitete heute Schritte ein, um die Rückführung veruntreuter Gelder an die ägyptischen und tunesischen Behörden zu erleichtern. Weitere Informationen sind der Pressemitteilung [16078/12](#) zu entnehmen.

¹ [ABl. L 312 vom 29.11.2005, S. 55.](#)

EUROPÄISCHER WIRTSCHAFTSRAUM**Tagung des EWR-Rates (Brüssel, 26. November)**

Der Rat nahm den Stand der Vorbereitungen für die 38. Tagung des EWR-Rates am 26. November in Brüssel zur Kenntnis.

(EWR-Website: <http://eeas.europa.eu/eea/>)

ENERGIE**Ständiger Partnerschaftsrat EU-Russland**

Der Rat nahm die Tagesordnung für die siebte Tagung des Ständigen Partnerschaftsrates EU-Russland über Energiefragen, die am 12. Dezember 2012 in Nikosia (Zypern) stattfinden wird, zur Kenntnis.

Beschluss des Ministerrats der Energiegemeinschaft/Moldau

Der Rat nahm einen Beschluss zur Festlegung des Standpunkts der Europäischen Union zu dem Entwurf eines Beschlusses des Ministerrats der Energiegemeinschaft zur Umsetzung des Artikels 9 der Richtlinie 2009/73/EG durch die Republik Moldau an.

Der Vertrag zur Gründung der Energiegemeinschaft ist 2006 in Kraft getreten. Mit der Energiegemeinschaft wird der EU-Energiebinnenmarkt auf der Grundlage eines rechtsverbindlichen Rahmens auf Südosteuropa und darüber hinaus ausgedehnt. Damit wird ein stabiles Investitionsumfeld auf der Grundlage der Rechtsstaatlichkeit und eine enge Verbindung zwischen den Vertragsparteien sowie mit der EU geschaffen. Die Energiegemeinschaft leistet mit ihren Maßnahmen einen Beitrag zur Versorgungssicherheit in einem breiter gefassten europäischen Kontext.

ERNENNUNGEN**Ausschuss der Regionen**

Der Rat ernannte Herrn Alain HUTCHINSON (Belgien) für die verbleibende Amtszeit, d.h. bis zum 25. Januar 2015, zum Mitglied des Ausschusses der Regionen ([16149/12](#)).